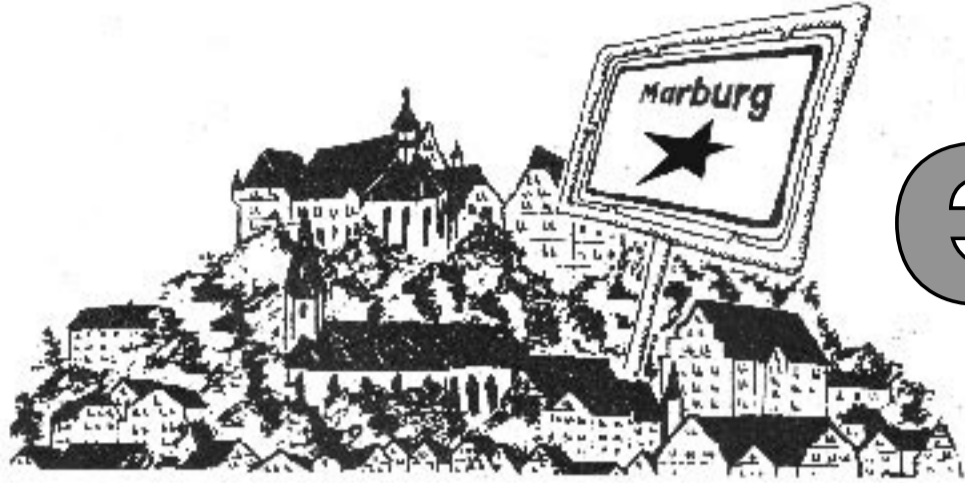


marburger echo

**EXTRABLATT
zur Landtagswahl
am 27. Januar 2008**



Zeitung der DKP Marburg

Januar 2008

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#10

Es muss sein.

Eine marktwirtschaftliche Empfehlung zur Landtagswahl

Nach der Abmeierung von Pit Metz im August und September 2007 gab es in Hessen wohl nicht mehr viele Leute von Geschmack und Charakter, die seiner Partei, der „Linken“, noch viel abgewinnen konnten. Es ist wahr: „Die Linke.“ ist, was Sitten und Gebräuche angeht, nicht besser als die Konkurrenz, allerdings auch nicht schlimmer. Der Marktradikalismus formt das parlamentarische Personal nach seinem Bilde – hier wie dort. Wer da nicht mitmachen will, ist bei der DKP immer willkommen.

Im Übrigen liegt es für uns als Wählerinnen und Wähler nahe, uns ebenfalls marktgemäß zu verhalten. Wir fragen: Welche Nutzen und Nachteile haben wir von unser Wahlscheidung? „Rational Choice“ nennt das der moderne Marktmensch. Schädlich ist auf jeden die Regierungstätigkeit von Roland Koch. Er ist durch eine ausländische Hetze 1999 ins Amt gekommen und versucht es auch jetzt wieder mit dieser Masche. Unvergessen ist die Schwarzgeldaffäre der hessischen CDU, die mit dem verlogenen Hinweis auf gar nicht vorhandene „jüdische Vermächtnisse“ vertuscht

werden sollte. Wer mit solchen Dingen Erfolg hat, korrumpiert das öffentliche Leben. Koch hat Studiengebühren durchgesetzt und die mittelhessischen

dies soll verkauft werden können. Klamme Oberbürgermeister und Landräte könnten auf diese Weise ihre Etats sanieren, und die Heuschrecken freuen

Einwohner ein eigenes Konto hat. Stattdessen geht es darum, durch internationale Spekulation mit Risikokapital spielen zu können. Damit hat sich aber schon die SachsenLB verzockt. Koch meint, er könne das besser.

Man sieht also: auch marktwirtschaftlich wird dieser Mensch inzwischen gefährlich. Er sollte also abgelöst werden.

Durch wen? Für die SPD kandidiert Andrea Ypsilanti. Sie ist schon seit Jahren ungläubwürdig: In der Schröder-Zeit hat sie zunächst über Hartz IV gejammert, dann aber doch zugestimmt.

Zu diesem großen Nachteil kommt ein zweiter hinzu: Selbst zusammen mit den Grünen wird die SPD keine Mehrheit schaffen. Nach den neuesten Umfragen kommen sie allenfalls auf 43 Prozent, während für CDU und FDP 48 vorausgesagt werden. Scheitert also „Die Linke.“, wird es eine schwarzgelbe Regierung geben. Ministerpräsident: Roland Koch.

Um dies zu verhindern, muss „Die Linke.“ in den Landtag. Was immer man von ihr hält: an ihrer Wahl führt kein Weg vorbei. Es muss sein.

Georg Fülberth

Am 27. Januar Links wählen!

**STOPPT DIE
SPARSCHWEINE!**



Universitätskliniken verscherbelt. Eine neue Gefahr, die von ihm ausgeht, ist noch gar nicht richtig zur Kenntnis genommen worden: Er betreibt die Fusion der Hessischen Landesbank (HeLaBa) mit der angeschlagenen WestLB. Fest im Blick hat er eine Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes. Die kommunalen Geldinstitute sollen Stammkapital bilden, und

sich schon. Damit hat Koch hier etwas anderes vor als eine Privatisierung. Er zielt darauf ab, dass die Hessische Landesbank allmählich die örtlichen Sparkassen entweder aufkauft oder in ihre Regie nimmt und so ein „Global Player“ wird. Dann interessiert nicht mehr der Kredit für den lokalen und regionalen Mittelstand und die Verpflichtung, dass jede Einwohnerin und jeder

Stürzt Koch über seine Bildungspolitik?

Wird Ministerpräsident Koch (CDU) wegen seiner bildungspolitischen Verbrechen im hessischen Landtag die Mehrheit verlieren? Die neuesten Umfrageergebnisse zur Landtagswahl weisen deutlich in diese Richtung. Als Hauptgrund wird von den Befragten die verfehlte Bildungspolitik der hessischen CDU und deren Vorsitzenden Roland Koch genannt.

Es sticht ja auch ins Auge: Die Mogelpackung „Unterrichtsgarantie Plus“ hat die Lücken im Unterrichtsangebot nicht schließen können. Immer mehr Eltern sind nicht mehr mit der Ausrichtung der Schulen in Hessen einverstanden: Statt Aussonderung und Eliteabschöpfung wollen sie eine bessere, umfassende-

re und sozial kompetente Ausbildung ihrer Kinder. Die Gängelung der Schulen durch neue Verordnungen und enge Unterrichtsvorgaben bringt selbst konservative Lehrerverbände gegen die Landesregierung auf. Die ungeschickte Schulzeitverkürzung an Gymnasien um ein Jahr (G8) bringt ohne Not zusätzlichen Druck für Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer. Das starre Festhalten der Hessischen Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem steht einer dringend notwendigen Schulreform entgegen. Gelder, die in private Eliteschulen gestopft werden, fehlen an anderer Stelle. Nicht zu vergessen: Die neu eingeführten Studiengebühren bringen noch

mehr soziale Schieflage ins Bildungssystem.

Wie hält es die SPD in Hessen mit der Schulpolitik? „Wir schaffen Gymnasien nicht ab“, stellt die Spitzenkandidatin Ypsilanti klar. Sie bleibt jedoch die Antwort schuldig, wie man das undurchlässige Schulsystem überwinden will, ohne die Sonderstellung der Gymnasien aufzugeben. Diese spielen ja bekanntermaßen ihre berühmte Rolle beim Aussortieren von Schülerinnen und Schülern der Unter- und Mittelstufe. Auch die Grünen haben nichts anzubieten.

„Die Linke.“ ist offensichtlich die einzige Partei, die es mit einem sozialen und gerechten Bildungssystem ernst meint. Sie tritt ein für ein gemeinsames

Lernen aller Kinder in einer Gemeinschaftsschule bis zum 10. Schuljahr. Sie fordert echten Ganztagsunterricht für alle Schulen. Und: Sie wendet sich gegen Studiengebühren.

Roland Koch hingegen missbraucht für seinen Wahlkampf einen Überfall von Jugendlichen auf einen wehrlosen Rentner, um erneut ausländische Ressentiments für sich nutzbar zu machen. So will er davon ablenken, dass die Ursachen von jugendlicher Gewalt vor allem in der Hoffnungslosigkeit von Jugendlichen zu suchen sind. Diese Hoffnungslosigkeit ist einem diskriminierenden Bildungssystem und der Chancenlosigkeit allzu vieler Jugendlicher am Arbeits- und Ausbildungsmarkt ge-

ECHO VON LINKS

Wir brauchen eine neue Politik für Frieden, für soziale und demokratische Rechte! Die Hessische Verfassung bietet eine Grundlage für eine solche Politik, im Zeichen eines antifaschistischen Grundkonsenses. Ihre Verwirklichung würde viele der Probleme lösen, vor denen wir heute aktuell stehen. Doch wie sieht es in Hessen damit aus?

Die Politische Erklärung der DKP Hessen zur Landtagswahl 2008 lesen sie auf...

SEITE 2



Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.

Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: *Marburger Echo*

Öffentliche Mitglieder-
versammlung der

DKP Marburg
Immer am ersten Dienstag
im Monat, 20 Uhr

Ort auf Anfrage:
info@DKP-Marburg.de

Christian Mark



Politische Erklärung der DKP Hessen zur Landtagswahl 2008

Wir brauchen eine neue Politik für Frieden, für soziale und demokratische Rechte!

Vor nunmehr 61 Jahren wurde die hessische Verfassung beschlossen, die in Teilen auch heute noch den antifaschistischen Geist erkennen lässt, aus dem sie geboren wurde. Der Grundkonsens 1945 lautete: Faschismus und Krieg sind ein für alle Mal zu ächten. Ein Staat sollte entstehen, in dem wichtige demokratische und soziale Rechte garantiert und die Macht der Banken und Konzerne entscheidend eingeschränkt

sind. Dieser Konsens ergab sich für die Verfassungsmütter und -väter zwingend aus den Erfahrungen von zwölf Jahren Nazi-Terror und sechs Jahren Krieg. Die Deutsche Kommunistische Partei verteidigt ohne Wenn und Aber die fortschrittlichen Forderungen dieser Verfassung. Ihre Verwirklichung würde viele Probleme lösen, vor denen wir heute aktuell stehen. Doch wie sieht es in Hessen damit aus?

Statt den Krieg zu ächten, werden von allen etablierten Parteien in Hessen deutsche Kriegseinsätze - wie seinerzeit in Jugoslawien, so heute in Afghanistan - offensiv mitgetragen. Dafür wird der Bevölkerung unbarbarisch in die Taschen gegriffen. Keine deutsche Kriegsbeitragung, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!
Statt der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit erleben wir nach wie vor Erwerbslosigkeit

auf hohem Niveau - auch in Hessen. Der gegenwärtig so gepriesene Aufschwung kommt bei den Menschen unten nicht an. Das Recht auf Arbeit ist Menschenrecht!
Statt sozialer Absicherung wächst die Armut. Besonders betroffen sind dabei Kinder und Jugendliche, aber auch ältere Menschen. Weg mit Hartz IV!
Statt der von der hessischen Verfassung vorgeschriebenen Enteignung u. a. der Großban-

ken und der Energiewirtschaft beobachten wir schamlosen Raub öffentlichen Eigentums durch Privatisierung, damit die Superreichen noch reicher werden. Großbanken und Energieriesen gehören enteignet!
Statt erhöhter Bildungschancen für Arbeiterkinder werden verfassungswidrige Studiengebühren durchgepeitscht, und die versprochene Unterrichtsgarantie wird in den Sand gesetzt. Bildung für Begüterte hat Vorrang

in diesem Land. Weg mit dem Bildungsprivileg!
Statt den neofaschistischen Organisationen den Schutz der Verfassung zu entziehen, wie diese es fordert, können deren Rattenfänger und Schlägertrupps praktisch unbehelligt auch in Hessen ihr Unwesen treiben. NPD und andere faschistische Organisationen verbieten!
Statt größerer Freiheitsrechte und Entwicklung der Demokratie werden Grundrechte abge-

baut. Abhören und Bespitzeln ist wieder gängige Praxis. Das Horrorbild des gläsernen Menschen wird zunehmend Realität. Stoppt den Demokratieabbau!
Statt diese demokratische Verfassung weiter auszubauen, will die CDU von Ministerpräsident Koch deren fortschrittliche Inhalte streichen und den antifaschistischen Konsens von 1945 über Bord werfen. Hände weg von der hessischen Verfassung!

Ein Ende dieser verhängnisvollen Entwicklung ist nicht abzusehen. Großkonzerne, Rüstungsindustrie und Banken treiben die Durchsetzung ihrer Profitinteressen gegen die Mehrheit der Bevölkerung offensiv und aggressiv voran. Sie steigern ihre Profite ins Unermessliche, während gleichzeitig Armut und soziale Ungleichheit weiter zunehmen. Aber es sind die Werte, die von der arbeitenden Bevölkerung geschaffen wurden, an denen sie sich bereichern. Auf ihre politischen Sachwalter in Hessen können sie sich dabei verlassen. Ministerpräsident Roland Koch und seine CDU-Regierungsriege betreiben dieses Geschäft vorzüglich. Sie regieren gegen die Menschen unseres Landes. Mit dieser Politik aber wird der Boden bereitet für die Faschisten der NPD und anderer Rechtsparteien. Wo die Perspektivlosigkeit

regiert, wächst die Anfälligkeit für braune Parolen, wird leicht die ausländische Kollegin oder der Asylsuchende als Schuldiger der Misere ausgemacht. Ministerpräsident Koch und die hessische CDU haben in den letzten Jahren nur zu gern solche dumpfen rassistischen und ausländerfeindlichen Stimmungen bedient. **Dies kann und darf so nicht weiter gehen.**

1998 nach dem Wahlsieg der Schröder, Müntefering, Steinmeier und Co. Zehn Jahre haben aus der Bundesrepublik ein Land wachsender Armut, ein Land der sozialen Unsicherheit, der Entrechtung und Bespitzelung, der Terroristenhysterie und der Kriegsabenteuer gemacht. Und Frau Ypsilanti wendet sich in entscheidenden Fragen nicht gegen diese Politik. Im Gegenteil, sie

bei der Kandidatenaufstellung in Hessen gibt andererseits Anlass zu Misstrauen und Kritik. Wir Kommunisten wissen, dass Wahlen alleine die gesellschaftliche Realität nicht ändern können. Entscheidend ist der außerparlamentarische Kampf, ist der Druck, den die von der Misere Betroffenen selbst ausüben. Wir sind bereit, unsere ganze Kraft für die Schaffung eines brei-

Mit ihrem Programm steht sie als einzige kandidierende Partei in wichtigen Fragen unserer Zeit gegen die unsoziale, undemokratische und kriegstreiberische Politik der im Landtag vertretenen Parteien. Wir stimmen mit der Partei DIE LINKE nicht in allen politischen Fragen und Einschätzungen überein. Wir halten es aber für unerlässlich, dass in den Hessischen Landtag linke Positionen einziehen. Von der Partei DIE LINKE erwarten wir, dass sie zum gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf und zum Zusammenführen aller linken Kräfte ohne Ausgrenzung ihren Beitrag leisten wird.



Wir rufen deshalb auf:
Geben Sie bei der Hessischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 der Partei DIE LINKE Ihre Stimme.

Unabhängig vom Wahlausgang wird es darauf ankommen, selbst aktiv zu werden für die eigenen Interessen, gegen Krieg und Neofaschismus, gegen Sozialabbau und Demokratieabbau sowie gegen den Bildungsklaus.

Dass ein solches Klima des Widerstands entsteht, dafür stehen die Deutsche Kommunistische Partei und ihre Mitglieder. Dafür ringen wir um Mitstreiterinnen und Mitstreiter. **Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!**

Beschlossen auf der Bezirksvorstandssitzung der DKP Hessen am 24.11.07.



Koch und seine reaktionäre, menschenfeindliche Politik müssen gestoppt werden. Eine andere Politik muss her. Die Parteien, mit denen die CDU auf den verschiedensten Ebenen durch Koalitionen verbunden ist, stellen politisch keine grundlegende Alternative dar. FDP und Grüne haben in Teilfragen zwar andere Antworten. Insgesamt aber vertreten sie nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, nicht die der Jugend, auch nicht die der älteren Generation. Zu den wichtigen Themen Sozialdemontage oder Krieg und Frieden ziehen sie mit der schwarzen Alleinregierung an einem Strang. Für eine Regierungsbeteiligung in Wiesbaden würden sie - viele Beispiele belegen dies - auch wichtige Grundsätze ihrer eigenen Programmatik über Bord werfen. Dies gilt auch für die SPD, die sich mit ihrer Spitzenkandidatin Ypsilanti jetzt so sozial, frauenbewegt und links gibt. Die SPD hat seit nunmehr fast zehn Jahren gezeigt, was von ihr in Regierungsverantwortung zu erwarten ist. Selten wurden in unserem Land die Hoffnungen so vieler Menschen so schnell auf den Boden der schlechten Tatsachen zurück geholt, wie

hat sie bisher mitgetragen und wird dies auch weiterhin tun. Die Partei DIE LINKE hingegen hat in Hessen bisher, als Oppositionspartei, bei wichtigen Fragen, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Mehrheit der Menschen betreffen, konsequent Position bezogen. Sie hat sich eindeutig gegen die Hartz-IV-Gesetze und ihre Umsetzung auf Landesebene, gegen Privatisierungsbestrebungen wie auch gegen Studiengebühren ausgesprochen. Ihre Praxis in Regierungsverantwortung (z.B. in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern) oder auch

ten Bündnisses für eine Politik des Friedens und des Ausbaus sozialer und demokratischer Rechte, für einen Politikwechsel einzusetzen. Wir wissen aber auch, dass linke Positionen im Parlament selbst in diesem Kampf sehr hilfreich sein können. Der Druck von Links muss auf allen Ebenen entfaltet werden, damit die etablierten Parteien nicht mehr ungestört machen können, was sie wollen. Die DKP Hessen unterstützt deshalb bei diesen Landtagswahlen die Partei DIE LINKE.

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: Mai 2008
Redaktionsschluss: 15.04.08



www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de